

6221/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Povysil, Mag. Schweitzer, Dr. Pumberger, Mag. Haupt, Madl und Kollegen
an die Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz

betreffend: **Temelin oder 13 Jahre nach Tschernobyl**

Der Oö. Landtag hat einstimmig beschlossen, daß EU - Beitrittsverhandlungen mit Tschechien nur dann aufgenommen werden sollen, wenn auf Temelin verzichtet wird.

Bisher wurde gegenüber der tschechischen und internationalen Öffentlichkeit mit der Unverzichtbarkeit des AKW Temelin für die tschechische Energieversorgung argumentiert.

Neue Studien sowie der Endbericht der Temelin - Kommission bestätigen, daß die geplante Produktionskapazität nicht benötigt wird.

Als Reaktion wird vom tschechischen Stromversorger CEZ nun die Exportvariante ins Spiel gebracht.

Die in der Aussprache zu aktuellen Themen im letzten Gesundheitsausschuß gestellten Fragen wurden nur teilweise bzw. ungenügend beantwortet.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten
an die Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
nachstehende

ANFRAGE:

1. Wurde die einstimmige Oö. Landtagsresolution in unmißverständlicher Form auch an die tschechische Bundesregierung übermittelt?
2. Wird Österreich Beitrittsverhandlungen oder einen allfälligen EU - Beitritt Tschechiens durch ein mögliches Veto blockieren, wenn auf Temelin nicht verzichtet wird?
3. Welche konkreten Unterstützungsprojekte (Alternativenergie, Beratungen, know How, etc.) wurden von Österreich Tschechien angeboten, um auf das gefährliche Atomkraftwerk Temelin zu verzichten?
4. Werden die geäußerten Exportabsichten zu einer verschärften Reaktion Österreichs, vor allem im Bezug auf die EU - Integrationsbemühungen Tschechiens, führen?
5. Überlegt die österreichische Bundesregierung neben der bisher erfolgten Bereitstellung von Experten, auch ein substantielles Angebot an Tschechien zu machen und dieses auch durch Einbindung Deutschlands sowie der EU zu verstärken?
6. Wird die Größenordnung der Bedeutung des Temelin - Projektes angemessen sein, d.h. auch unter Rücksichtnahme auf das Angebot vom damaligen Bundeskanzler Dr. F. Vranitzky an die Slowakische Republik aus dem Jahr 1994?

7. Ist Ihrem Ressort bewußt, daß angesichts der Kapazitätsüberschüsse in Tschechien, die Alternative zu Temelin in erster Linie auf verbraucherseitigen Maßnahmen begründet sein muß (z.B. Ersatz von Elektro - Direktheizungen)? Wird diese Tatsache im allfälligen österreichischen Angebot entsprechend berücksichtigt werden? Wenn ja, wie und in welcher Form?